

Nr. 20/762**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Plattdütsch in Bremen: Langt dat, wat de Senat for de Regionalspraak deit?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1359](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/1426](#))
2. Bremische Landwirtschaft zukunftsfähig machen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. März 2022
(Drucksache [20/1419](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1453](#))
3. Wie bringen wir Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit in der bremischen Energieversorgung zusammen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. März 2022
(Drucksache [20/1422](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. Juni 2022
(Drucksache [20/1520](#))
4. Renditebegrenzung in der Pflege einführen – Private-Equity-Gesellschaften stärker regulieren
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1431](#))
5. Bremen steht in fester Verbundenheit an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer: Holodomor von 1932/33 als Völkermord anerkennen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1463](#))
6. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
7. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 24. Mai 2022
(Drucksache [20/1478](#))
8. Wahl der Leitung der Landesantidiskriminierungsstelle
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 22. Juni 2022
(Drucksache [20/1511](#))

Nr. 20/763

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Wirkungslose rot-rot-grüne Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verschärft Armut in Bremen“.

Nr. 20/764

Soziale Vielfalt von Milieus schützen, faire Vermieter stärken: Bund soll kommunale Vorkaufsrechte wiederherstellen und ausweiten

Antrag der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Juni 2022
(Drucksache [20/1510](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine zügige (Wieder) Ermöglichung von kommunalen Vorkaufrechten in sozialen Erhaltungsgebieten nach § 172 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 2 des Baugesetzbuches einzusetzen, indem klargestellt wird, dass das Vorkaufsrecht mit dem Ziel des Milieuschutzes auch aufgrund einer künftig zu erwartenden Verdrängung wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungsteile ausgeübt werden kann;
2. sich darüber hinaus für ein generelles Vorkaufsrecht der Gemeinde einzusetzen für
 - a) Großwohnanlagen und
 - b) Verkäufe von Mietwohnungsbeständen, deren Volumen gesamtstädtische Relevanz für den kommunalen Wohnungsmarkt besitzt;
3. der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/765

Für den Herbst vorsorgen – Verlängerung der Freistellungs- und Entschädigungsmaßnahmen für Eltern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/1519](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. die bis 23. September 2022 geltende Regelung der coronabedingten Erhöhung der Kinderkrankentage auch über den 23. September 2022 hinaus fortzuführen,
2. die bis 23. September 2022 geltende Regelung des Anspruchs auf Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz wegen Kinderbetreuung über den 23. September 2022 hinaus fortzuführen.

Nr. 20/766

Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen

Mitteilung des Senats vom 1. März 2022
(Drucksache [20/1375](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/767

Situation in den Frauenhäusern: Belegung, Finanzierung und Austausch

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 3. März 2022
(Drucksache [20/1379](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2022

(Drucksache [20/1466](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/768

Sexualisierte Gewalt: Gesellschaftspolitische statt kircheninterner Aufarbeitung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1382](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) betont, dass niemand die Augen vor dem Missbrauchssystem innerhalb der christlichen Kirchen verschließen darf. Kirchlichen Trägern wurden und werden Kinder und Jugendliche anvertraut. Die Aufarbeitung der strukturellen sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch Kirchenangehörige ist eine gesellschaftliche Aufgabe, für die auch staatliche Institutionen Verantwortung zu übernehmen haben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, sich auf Bundesebene aktiv für die Zusammenführung aller bestehenden Aufarbeitungsgremien mit dem Ziel der Gründung einer unabhängigen Kommission und für die Öffnung aller Kirchenarchive für diese einzusetzen. Orden, die einen erheblichen Teil gesellschaftlicher Aufgaben in kirchlicher Trägerschaft (vor allem in Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder Heimen) übernommen haben, müssen in die unabhängige Aufklärung und Aufarbeitung einbezogen werden und ebenfalls ihre Archive für diese öffnen und für die Strafverfolgungsbehörden nutzbar machen. Diese Kommission muss mit Betroffenen, Wissenschaftler:innen, Verantwortlichen aus Politik und Zivilgesellschaft sowie Kirchenvertreter:innen besetzt sein. Sie hätte die Aufgabe, durch uneingeschränkten Aktenzugang neben den Beschuldigten auch die Kirchenangehörigen, die sich an Vertuschungen beteiligt haben, sowie ihre Netzwerke zu analysieren.

Nr. 20/769

Missbrauch und sexualisierte Gewalt in den christlichen Kirchen ächten – Generalverdacht vermeiden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2022
(Drucksache [20/1501](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/770

Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 15. März 2022
(Drucksache [20/1394](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen „Entwicklungsplan zur diversitäts- und diskriminierungssensiblen Jugendhilfe im Land Bremen“ zu erstellen. Der Entwicklungsplan soll darlegen, welche Ansätze und Angebote bereits bestehen und welche Handlungsempfehlungen sich daraus für die zukünftige Arbeit innerhalb der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe als auch innerhalb der Jugendämter Bremen und Bremerhaven und dem Landesjugendamt ableiten lassen. Insbesondere sollen dabei folgende Aspekte Berücksichtigung finden:
 - a) Überprüfung der bisherigen Arbeitsabläufe im Umgang mit Kindern und Jugendlichen insbesondere hinsichtlich der Vielfalt von Migrationsgeschichte, Religionszugehörigkeit, sexueller und geschlechtliche Identität (zum Beispiel lesbisch, schwul, bisexuell, trans:, inter: oder queer/LSBTIQ), Behinderung, chronischer Erkrankungen (sichtbar und unsichtbar) sowie hinsichtlich möglicher Intersektionalität;
 - b) Benennung von geeigneten Instrumenten für eine kritische Selbstreflexion der Fachkräfte der Jugendhilfe sowie der Mitarbeiter:innen der Jugendämter zum Rollenverständnis;
 - c) Organisation von kontinuierlichen Sensibilisierungs- und Weiterbildungsangeboten für die Fachkräfte der Jugendhilfe, insbesondere für Berufseinsteiger:innen;
 - d) Entwicklung von diversitäts- und diskriminierungssensiblen Leitbildern innerhalb der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe;
 - e) Ermittlung und gegebenenfalls Ausbau diversitätssensibler Studieninhalte der sozialarbeiterischen und (sozial-)pädagogischen Studiengänge an der Hochschule Bremen, der Universität Bremen und des zukünftigen Studiengangs Soziale Arbeit an der Hochschule Bremerhaven;
 - f) Darlegung von Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung von Synergieeffekten, die sich aus einer Verknüpfung mit dem „Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ und dem „Diversity-Management-Konzept für den öffentlichen Dienst“ sowie dem „Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit“ ergeben;
 - g) Auflistung etwaiger Folgekosten, die aus den Handlungsempfehlungen und potenziellen künftigen Maßnahmen resultieren.

2. Als Auftakt des Prozesses ist eine öffentliche Diskussion mit den Trägern der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, dem Queerpolitischen Beirat des Landes Bremen, der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF), dem Landesbehindertenbeauftragten und dem Bremer Rat für Integration durchzuführen. Ziel ist die Beteiligung der Bremer Akteur:innen sowie ein Austausch über bremische und bundesweite Ansätze und Studien einer diversitätssensiblen Jugendhilfe. Die Erkenntnisse der Diskussion sollen in den Entwicklungsplan einfließen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Entwicklungsplan unter Einbeziehung des Landesjugendhilfeausschusses zu erstellen und spätestens bis Dezember 2022 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration und der staatlichen Deputation für Sport sowie der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen.

Nr. 20/771

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft

Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses
vom 14. März 2022
(Drucksache [20/1393](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/772

Welche Absichten verfolgt der Bremer Senat in Bezug auf die Schutzhunde bei der Bremer Polizei?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2022
(Drucksache [20/1340](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1412](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/773

Fragestunde

1. Schwimmförderung im Rahmen des Programmes „Aufholen nach Corona“

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Gönül Bredehorst, Elombo Bolayela, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. Juni 2022

2. Wie wird auf die aktuellen Störungen in den Lieferketten reagiert?

Anfrage der Abgeordneten Jörg Zager, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. Juni 2022

3. Umgang mit Anträgen auf Feststellung einer Behinderung – wie werden Menschen mit Behinderung in ihren Rechten bestärkt?

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 14. Juni 2022

4. Förderung privater Ladestationen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. Juni 2022

5. Hospizplätze im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juni 2022

6. Wann kommt die Biotonne nach Bremerhaven?

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Juni 2022

7. Was ist der aktuelle Stand bei der Lloyd-Werft?

Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Martin Günthner, Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Digitale Teilhabe älterer Menschen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Juni 2022

9. Verfassungsfeindliche Bestrebungen der Partei DIE LINKE?

Anfrage der Abgeordneten Peter Beck und Jan Timke (BIW) vom 28. Juni 2022

10. Mordverdächtige mit rechtsextremistischem Hintergrund?

Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juni 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/774

Landesprogramm Lebendige Quartiere – Umsetzung und Fortschreibung

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 11. Februar 2022

(Drucksache [20/1344](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022

(Drucksache [20/1435](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/775

Zusammenwirken von Schulen des Landes Bremen und der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung auf Grundlage eines Kooperationsvertrages institutionalisieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. März 2022
(Drucksache [20/1392](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/776

Gesetz zur Harmonisierung und Fortentwicklung der Bestimmungen über Beiräte im Strafvollzug

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2022
(Drucksache [20/1492](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/777

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/1505](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 20/778

Gesetz zur Änderung des § 46 Bremischen Landesstraßengesetzes zur Einrichtung einer Verwaltungsbehörde für Tunnelsicherheit im Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/1513](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/779

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/1516](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau

Sara D a h n k e n

anstelle von Frau Tina Poort als stellvertretendes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss.

Nr. 20/780

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 30

vom 1. Juli 2022
(Drucksache [20/1522](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/781

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes und anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/1514](#))

D a z u

Änderungsantrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft

vom 5. Juli 2022
(Drucksache [20/1523](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/782

Gesetz zur Gewährleistung der digitalen Souveränität der Freien Hansestadt Bremen – Land und Stadtgemeinde

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2022
(Drucksache [20/1527](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/783

Wärmewende forcieren und energetische Gebäudesanierungen im Land Bremen vorantreiben: Ein effektives Maßnahmenpaket jetzt auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1446](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/784

Immobilienmanagement des Senats

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. April 2022
(Drucksache [20/1429](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/1515](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/785

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bewertung und kritische Aufarbeitung der Maßnahmen in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/1355](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1436](#))
2. Wie können Bremen und Bremerhaven am „New Space“-Boom teilhaben?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1381](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1452](#))
3. Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in Behörden und Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen untersagen
Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1447](#))
4. Studierende während des Praxissemesters beim öffentlichen Dienst in Bremen finanziell entlasten, eine Praktikumsvergütung jetzt einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Mai 2022
(Drucksache [20/1470](#))
5. Mehr Steuergerechtigkeit: Pflicht zur Anzeige nationaler Steuergestaltungen einführen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Mai 2022
(Drucksache [20/1472](#))
6. Gib mir Energie! Energiesouveränität für Bremen sichern – günstig, grundlastsicher und technologieoffen mit Kernkraft!
Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 2. Juni 2022
(Drucksache [20/1485](#))
7. Klimaschutzziele des Senats der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 7. Juni 2022
(Drucksache [20/1489](#))
8. Radwege im Überseehafen attraktiv gestalten
Antrag der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2022
(Drucksache [20/1503](#))
9. Sachstandsbericht FamilienCard
Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1507](#) vom 21. Juni 2022)
(Drucksache [20/1521](#))

10. Aufbau eines Testzentrums für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/1518](#))